

Bundesgesetzblatt

2297

Teil II

1960	Ausgegeben zu Bonn am 1. Oktober 1960	Nr. 50
Tag	Inhalt:	Seite
17. 8. 60	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens Nr. 105 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Abschaffung der Zwangsarbeit	2297
15. 9. 60	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Indien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Einkommens	2299
16. 9. 60	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Schweden über die gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen bei Auslieferungsersuchen zur Strafverfolgung wegen Diebstahls und Urkundenfälschung und über die Erstattung von Kosten	2299
20. 9. 60	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Erklärung über den vorläufigen Beitritt der Schweizerischen Eidgenossenschaft zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen und des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Regelung allgemeiner Zollfragen	2301

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens Nr. 105 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Abschaffung der Zwangsarbeit

Vom 17. August 1960

Auf Grund des Artikels 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 20. April 1959 zum Übereinkommen Nr. 105 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 25. Juni 1957 über die Abschaffung der Zwangsarbeit (Bundesgesetzbl. 1959 II S. 441) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel 4 Abs. 3 für

die Bundesrepublik Deutschland am 22. Juni 1960
in Kraft getreten ist.

Die Ratifikation des Übereinkommens durch die Bundesrepublik Deutschland ist am 22. Juni 1959 durch den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamts eingetragen worden.

Das Übereinkommen ist ferner für folgende Staaten in Kraft getreten:

Costa Rica am 4. Mai 1960
Dänemark am 17. Januar 1959

Das Übereinkommen findet auf Grund einer Erklärung der Königlich Dänischen Regierung mit Wirkung vom 17. Januar 1959 auch auf die Färöer und Grönland Anwendung.

Dominikanische Republik am 23. Juni 1959
El Salvador am 18. November 1959
Ghana am 15. Dezember 1959
Haiti am 4. März 1959
Honduras am 4. August 1959
Irak am 15. Juni 1960
Iran am 13. April 1960
Irland am 11. Juni 1959
Israel am 10. April 1959

Jordanien	am	31. März 1959
Kanada	am	14. Juli 1960
Kuba	am	2. Juni 1959
Malaiischer Bund	am	13. Oktober 1959
Mexiko	am	1. Juni 1960
Niederlande	am	18. Februar 1960

Das Übereinkommen findet auf Grund einer Erklärung der Königlich Niederländischen Regierung mit Wirkung vom 18. Februar 1960 auch auf die Niederländischen Antillen, Niederländisch-Neuguinea und Surinam Anwendung.

Norwegen	am	14. April 1959
Osterreich	am	5. März 1959
Polen	am	30. Juli 1959
Republik China	am	31. März 1960
Schweden	am	2. Juni 1959
Schweiz	am	18. Juli 1959
Tunesien	am	12. Januar 1960
Vereinigte Arabische Republik	am	23. Oktober 1959
Vereinigtes Königreich	am	17. Januar 1959.

Das Übereinkommen findet auf Grund einer Erklärung der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland Anwendung auf:

Aden Kolonie, Antigua, Bahama-Inseln, Barbados, Bermuda, Britische Jungfern-Inseln, Britisch-Guayana, Britisch Somaliland, Brunei, Dominika, Falkland-Inseln, Gibraltar, Gilbert- und Ellice-Inseln, Grenada, Jamaika, Malta, Mauritius, Montserrat, Nordborneo, Sarawak, Seychellen, Sierra Leone, Singapur, St. Christopher, St. Helena, St. Lucia, St. Vincent und Trinidad mit Wirkung vom 17. Januar 1959;

Basutoland, Betschuanaland und Swasiland mit Wirkung vom 17. Januar 1959 und folgender Änderung des Artikels 2:

(Übersetzung)

Certain limited services which fall within the terms of Article 1 (b) may still be exacted by local tribal authorities;

Bestimmte begrenzte Dienstleistungen im Sinne des Artikels 1 b) können noch seitens der örtlichen Stammesbehörden gefordert werden;

Guernsey, Insel Man und Jersey mit Wirkung vom 17. März 1959;

Sansibar und Südrhodesien mit Wirkung vom 7. Juli 1959;

Hongkong mit Wirkung vom 25. November 1959;

Zypern mit Wirkung vom 8. Januar 1960.

Das Übereinkommen wird außerdem für folgende Staaten in Kraft treten:

Argentinien	am	18. Januar 1961
Guatemala	am	9. Dezember 1960
Pakistan	am	15. Februar 1961
Portugal	am	23. November 1960.

Bonn, den 17. August 1960

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
van Scherpenberg

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
In Vertretung
Dr. Claussen

**Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Indien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Einkommens**

Vom 15. September 1960

Auf Grund des Artikels 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 15. Juni 1960 zum Abkommen vom 18. März 1959 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Indien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Einkommens (Bundesgesetzbl. 1960 II S. 1828) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel XX Abs. 3 und der Notenwechsel

am 13. Oktober 1960

in Kraft treten.

Die Ratifikationsurkunden sind in Bonn am 13. September 1960 ausgetauscht worden.

Bonn, den 15. September 1960

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Carstens

**Bekanntmachung der Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs Schweden
über die gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen bei Auslieferungsersuchen zur Strafverfolgung
wegen Diebstahls und Urkundenfälschung und über die Erstattung von Kosten**

Vom 16. September 1960

In Bonn ist durch Notenwechsel vom 24. Mai/7. Juni 1960 die Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Schweden über die gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen bei Auslieferungsersuchen zur Strafverfolgung wegen Diebstahls und Urkundenfälschung unter den in diesem Notenwechsel näher bezeichneten Voraussetzungen und Bedingungen geschlossen worden. Die Vereinbarung, die

am 7. Juni 1960

in Kraft getreten ist, wird nachstehend veröffentlicht.

Auf die Bekanntmachung vom 14. März 1959 (Bundesgesetzbl. II S. 401) wird verwiesen.

Bonn, den 16. September 1960

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Carstens

Notenwechsel umstehend

Notenwechsel

Auswärtiges Amt

503-88-9135

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Königlich Schwedischen Botschaft im Anschluß an seine Verbalnote vom 7. Mai 1960 — 503-88-9135 — folgendes mitzuteilen.

Es darf gebeten werden, der Königlich Schwedischen Regierung mitzuteilen, daß sich die Bundesregierung ihrerseits bereiterklärt, ein Auslieferungsersuchen der Königlich Schwedischen Regierung zur Strafverfolgung wegen schweren Diebstahls, Urkundenfälschung und ähnlicher Vergehen oder Verbrechen, die sowohl nach deutschen als auch nach schwedischen Gesetzen auslieferungsfähig sind, nach den Voraussetzungen und Bedingungen nachzukommen, wie sie in den Auslieferungsgesetzen der beiden Staaten festgelegt sind, und auf die Erstattung aller Kosten, die aus Anlaß einer Auslieferung auf ihrem Gebiet entstehen, mit Ausnahme der Kosten für einen See- oder Lufttransport sowie Kosten für eine Durchlieferung zu verzichten.

Ferner darf angeregt werden, diese allgemeine Erklärung auf jede auslieferungsfähige Art des Diebstahls auszudehnen.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlaß, die Königlich Schwedische Botschaft seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Bonn, den 24. Mai 1960

(L. S.)

An die
Königlich Schwedische Botschaft

Königlich Schwedische Botschaft

Nr. 161

Verbalnote

Die Königlich Schwedische Botschaft beehrt sich, erhaltenem Auftrage gemäß, dem Auswärtigen Amt unter Bezugnahme auf seine Verbalnote vom 24. Mai 1960 — 503-88-9135 — betreffend die Auslieferung der schwedischen Staatsangehörigen aus Deutschland nach Schweden, die folgende Gegenseitigkeitserklärung seitens der Königlich Schwedischen Regierung abzugeben.

Aus Anlaß des Auslieferungsfalles erklärt sich die Königlich Schwedische Regierung bereit, auf Antrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Auslieferung aus Schweden nach Deutschland von einer Person zur Strafverfolgung wegen schweren Diebstahls und Versuches zum schweren Diebstahl sowie Urkundenfälschung zu genehmigen, unter der Voraussetzung, daß der Auslieferung kein Hindernis gemäß dem schwedischen Gesetz vom 6. Dezember 1957 über die Auslieferung wegen Verbrechens entgegensteht, und unter den Bedingungen, die im übrigen in diesem Gesetz angegeben sind.

Betreffend Gegenseitigkeit bei Auslieferung wegen Betruges darf auf die in Sachen am 6. Dezember 1958 abgegebene Erklärung hingewiesen werden (503-88-6403).

Gleichzeitig erklärt sich die Königlich Schwedische Regierung bereit, auf die Erstattung aller Kosten, die aus Anlaß einer Auslieferung auf ihrem Gebiet entstehen, mit Ausnahme der Kosten für einen See- oder Lufttransport sowie der Kosten für eine Durchlieferung zu verzichten.

Die Königlich Schwedische Regierung erklärt sich gleichzeitig bereit, die Anregung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland entsprechend, diese allgemeine Erklärung auf jede auslieferungsfähige Art des Diebstahls auszudehnen.

Die Königlich Schwedische Botschaft benutzt diesen Anlaß, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Bonn, den 7. Juni 1960

(L. S.)

An das
Auswärtige Amt
Bonn

**Bekanntmachung über das Inkrafttreten
der Erklärung über den vorläufigen Beitritt der Schweizerischen Eidgenossenschaft
zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen
und des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Regelung allgemeiner Zollfragen**

Vom 20. September 1960

Auf Grund des Artikels 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 9. März 1960 zu der Erklärung vom 22. November 1958 über den vorläufigen Beitritt der Schweizerischen Eidgenossenschaft zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen und zu dem Abkommen vom 21. November 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Regelung allgemeiner Zollfragen (Bundesgesetzbl. 1960 II S. 941) wird hiermit bekanntgemacht, daß die Erklärung nach ihrem Absatz 8 für

die Bundesrepublik Deutschland am 1. Mai 1960 und das Abkommen nach seinem Artikel 3 sowie der dazugehörige Briefwechsel

am 1. Mai 1960

in Kraft getreten sind.

Die deutsche Ratifikationsurkunde zu der Erklärung ist am 1. April 1960 bei dem geschäftsführenden Sekretär der Vertragsparteien des Allgemeinen Abkommens in Genf hinterlegt worden. Die Ratifikationsurkunden zu dem Abkommen sind in Bonn am 7. April 1960 ausgetauscht worden.

Die Erklärung ist ferner für folgende Staaten in Kraft getreten:

Belgien	am 1. Januar 1960
Ceylon	am 1. Januar 1960
Chile	am 28. Februar 1960
Dänemark	am 1. Januar 1960
Finnland	am 1. Januar 1960

Frankreich	am 4. Februar 1960
Indien	am 1. Januar 1960
Indonesien	am 1. Januar 1960
Japan	am 29. April 1960
Kanada	am 1. Januar 1960
Luxemburg	am 1. Januar 1960
Niederlande	am 1. Januar 1960
Norwegen	am 1. Januar 1960
Osterreich	am 1. Januar 1960
Peru	am 1. Januar 1960
Rhodesien und Njassaland	am 1. Januar 1960
Schweden	am 1. Januar 1960
Schweiz	am 1. Januar 1960
Tschechoslowakei	am 1. Januar 1960
Türkei	am 10. März 1960
Uruguay	am 1. Januar 1960
Vereinigtes Königreich	am 1. Januar 1960
Vereinigte Staaten	am 29. April 1960.

In Tokio ist am 13. November 1959 von den Vertretern der Regierungen Japans und der Schweiz ein Protokoll über die Listen, die der Erklärung über den vorläufigen Beitritt der Schweizerischen Eidgenossenschaft zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen beizufügen sind, unterzeichnet worden. Die Listen sind der oben erwähnten Erklärung nach ihrem Absatz 4 am 14. November 1959 beigelegt und ihren Bestimmungen unterstellt worden. Das Protokoll wird nachstehend mit einer deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Bonn, den 20. September 1960

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Carstens

Protokoll umstehend

Protokoll über die Listen,
die der Erklärung über den vorläufigen Beitritt der Schweizerischen Eidgenossenschaft
zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen beizufügen sind
(Japan und Schweiz)

Procès-Verbal containing Schedules to be Annexed
to the Declaration on the Provisional Accession of the Swiss Confederation
to the General Agreement on Tariffs and Trade
(Japan and Switzerland)

Procès-verbal relatif aux listes à annexer
à la Déclaration concernant l'accession provisoire de la Confédération Suisse
à l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce
(Japon et Suisse)

(Übersetzung)

THE GOVERNMENTS OF JAPAN and OF THE SWISS CONFEDERATION, having completed tariff negotiations between themselves after the opening for signature, on 22 November 1958 of the Declaration on the Provisional Accession of the Swiss Confederation to the General Agreement on Tariffs and Trade,

AGREE that in accordance with paragraph 4 of the above-mentioned Declaration the schedule of concessions relating to Japan annexed hereto shall be annexed to the above-mentioned Declaration; and that the concessions contained in the schedule of concessions relating to Switzerland annexed hereto shall be incorporated in the Schedule of Switzerland annexed to the above-mentioned Declaration.

IN WITNESS WHEREOF the respective representatives, duly authorized, have signed the present Procès-Verbal.

DONE at Tokyo on this thirteenth day of November one thousand nine hundred and fifty-nine, in a single copy, in the English and French languages, both texts authentic except as otherwise specified in the schedules annexed hereto.

For Japan:

For the Swiss Confederation:

LE GOUVERNEMENT DU JAPON et LE GOUVERNEMENT DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE ayant terminé leurs négociations tarifaires mutuelles après l'ouverture à la signature, le 22 novembre 1958, de la Déclaration concernant l'accession provisoire de la Confédération Suisse à l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce,

SONT CONVENUS DE CE QUI SUIVRA, conformément au paragraphe 4 de la Déclaration susmentionnée: La liste de concessions, ci-jointe, concernant le Japon sera annexée à ladite Déclaration; les concessions reprises dans la liste de concessions, ci-jointe, concernant la Suisse seront incorporées à la Liste de la Suisse annexée à la Déclaration susmentionnée.

EN FOI DE QUOI, les représentants respectifs desdits Gouvernements, dûment autorisés, ont signé le présent Procès-verbal.

FAIT à Tokyo, en un seul exemplaire, en langues anglaise et française, les deux textes faisant également foi sauf dispositions contraires des listes annexées au présent Procès-verbal, le treize novembre mil neuf cent cinquante-neuf.

Pour le Japon:
I. Kawasaki

Pour la Confédération Suisse:
Weitnauer

DIE REGIERUNGEN JAPANS und DER SCHWEIZERISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT, zwischen denen Zollverhandlungen zum Abschluß gekommen sind, nachdem die Erklärung über den vorläufigen Beitritt der Schweizerischen Eidgenossenschaft zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen am 22. November 1958 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde,

SIND gemäß Absatz (4) der genannten Erklärung WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN: Die anliegende Liste der Zollzugeständnisse Japans wird der Erklärung beigelegt; die in der anliegenden Zollzugeständnisliste der Schweiz aufgeführten Zugeständnisse werden in die der Erklärung beigelegte Liste der Schweiz aufgenommen.

ZU URKUND DESSEN haben die gehörig befugten Vertreter der genannten Regierungen dieses Protokoll unterschrieben.

GESCHEHEN zu Tokio am 13. November 1959 in einer Urschrift in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, soweit in den diesem Protokoll beigelegten Listen nichts anderes bestimmt wird.

Für Japan:

Für die
Schweizerische Eidgenossenschaft:

(Übersetzung)

Annex — Annexe

Anlage

Schedule of Japan

List of Concessions which the Government of Japan agrees to grant to the Government of Switzerland

This schedule is authentic only in the English language

Liste Japans

Liste der Zugeständnisse, die die Regierung Japans der Regierung der Schweiz gewährt

Als verbindlich für diese Liste gilt nur der englische Wortlaut.

Part I

Teil I

Tariff Item Number	Description of Products	Rate of Duty	Tarifnr.	Warenbezeichnung	Zollsatz
ex 695	Drugs, chemicals, medicines and compounds or preparations thereof, n. o. p. f.: ex 2. Dextro-1-(p-methoxybenzyl)-2-methyloctahydroisoquinoline tartrate, dextro-3-hydroxy-N-methylmorphinan and dextro-3-methoxy-N-methylmorphinan hydrobromide laevo-alkaloid of belladonna leaves Hydralazine hydrochloride	15 % 15 % 15 %	ex 695	Drogen, Chemikalien, Arzneimittel und Verbindungen oder Präparate daraus, a. n. g.: ex 2. Dextro-1-(p-Methoxybenzyl)-2-methyloctahydrochinolin tartrat, Dextro-3-hydroxy-N-methylmorphinan und Dextro-3-methoxy-N-methylmorphinan hydrobromid Laevo-Alkaloid e aus Belladonna-blättern Hydralazine hydrochlorid	15 % 15 % 15 %
ex 705	Synthetic dyes: ex 8. Optical bleaching agents Note: "Optical bleaching agents" mean synthetic organic products which absorb ultraviolet rays and give off visible blue radiations, thus intensifying the apparent whiteness of white articles. They generally consist of stilbene derivatives.	25 %	ex 705	Synthetische Farbstoffe: ex 8. Optische Aufheller Anmerkung: „Optische Aufheller“ sind synthetische Erzeugnisse, die ultraviolette Strahlen absorbieren und blaues sichtbares Licht ausstrahlen, wodurch sie weiße Stoffe noch intensiver weiß erstrahlen lassen. Sie bestehen in der Regel aus Stilbenderivaten.	25 %
ex 1676	Blowers, including electric fans: Exhaust gas turbo-chargers for diesel engines	15 %	ex 1676	Gebläse, einschließlich elektrischer Ventilatoren: Abgas-Turbolader für Dieselmotoren	15 %

**Negotiations Tarifaires au GATT 1958
Suisse — Japon**

Liste des concessions que le Gouvernement suisse
accorde au Gouvernement japonais

Droits d'entrée en Suisse

Seul le texte français de la présente liste fait foi

N° du tarif douanier	Désignation de la marchandise	Taux du droit, Fr. par 100 kg brut
1604.	Préparations et conserves de poissons, y compris le caviar et ses succédanés:	
	- - autres, en récipients de:	
ex 22	- - - 3 kg ou moins:	
	saumon	10,—
	thon (de tout genre, y compris le «Bluefish») et scombrésoces	20,—
2006.	Fruits autrement préparés ou conservés, avec ou sans addition de sucre ou d'alcool:	
ex 20	- autres:	
	agrumes conservés au sirop ..	55,—
6002.	Ganterie de bonneterie non élastique ni caoutchoutée:	
40	- en laine ou autres poils d'animaux	800,—
6106.	Châles, écharpes, foulards, cache-nez, cache-col, mantilles, voiles et voilettes, et articles similaires:	
	- non brodés, ni en dentelle, ni en combinaison avec de la dentelle:	
10	- - en soie, bourre de soie ou bourrette de soie	1200,—

**Zollverhandlungen im Rahmen des GATT 1958
Schweiz — Japan**

Liste der Zugeständnisse, die die schweizerische
Regierung der japanischen Regierung gewährt

Einfuhrzölle in der Schweiz

Als verbindlich für diese Liste gilt nur der französische
Wortlaut.

Nr. des Zolltarifs	Warenbezeichnung	Zollsatz, Fr. je 100 kg roh
1604.	Fischzubereitungen und Fischkonserven, einschließlich Kaviar und Kaviarersatz:	
	- - andere, in Behältern von:	
ex 22	- - - 3 kg oder weniger:	
	Salm	10,—
	Thunfisch (aller Art, einsch. „Bluefish“) und Makrelenhechte	20,—
2006.	Früchte, in anderer Weise zubereitet oder konserviert, auch mit Zusatz von Zucker oder Alkohol:	
ex 20	- andere:	
	Zitrusfrüchte, in Sirup konserviert	55,—
6002.	Handschuhe, gewirkt oder gestrickt, weder gummielastisch noch kautschutiert:	
40	- aus Wolle oder anderen Tierhaaren	800,—
6106.	Shawls, Umschlagtücher, Halstücher, Kragenschoner, Kopftücher, Schleier und ähnliche Waren:	
	- weder bestickt noch aus oder in Verbindung mit Spitzen:	
10	- - aus Seide, Schappe- oder Bourrette-seide	1200,—